



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

machte, den Zehengang zu lernen. Aber es gelang ihm nicht. Da legte er den Vorsitz im Verein nieder und wanderte nach Mizza aus, in der Hoffnung, dort für seine Ideen mehr Verständnis zu finden als in einer Stadt, die sich von ihren Schustern beherrschen lasse.

Er hätte nicht nötig gehabt, das Feld zu räumen. Der Widerspruch der Schuhmacher verstummte bald, da Doktor Ebel mit dem ihm gezahlten Honorar nicht zufrieden war und Generalsekretär irgendeines industriellen Syndikats wurde. Der Verein bestand kränkelnd noch einige Zeit, löste sich dann in einzelne Teile auf, und diese einzelnen Teile führten ein kümmerliches Leben, bis auch dies Leben erlosch. Herr Sigismund Kräutlein war nicht zu ersetzen gewesen.

Dagegen erblühte eine neue Unternehmung. Eine Wiese und ein Gasthaus in der Nähe der Stadt wurden von Herrn Doktor Löwe zuerst gepachtet und dann gekauft. Die Wiese wurde mit einer hohen Bretterplanke umgeben, und im nächsten Sommer hätte man innerhalb dieses Verschlags — natürlich in getrennten Abteilungen — unbeskleidete Männlein und Weiblein in hüpfendem Gange und mit merkwürdigen Arm- und Körperbewegungen spazierengehen sehen können. Und am Gasthause, das zur Villa umgebaut war, las man die große goldne Inschrift: „Dr. Artur Löwes Sanatorium für rationelle und künstlerische Körperkultur.“ Jetzt ging die Sache. Der pekuniäre Erfolg war großartig, Doktor Löwe hat alle Aussicht, ein reicher Mann zu werden, und schon liegen ganze Haufen von Anerkennungsschreiben vor, in denen die Schreiber erklären, durch Zehengang, Körperkultur und Sonnenschein von allerlei möglichen und unmöglichen Krankheiten geheilt zu sein.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel. (Der Silvesterbrief des Reichskanzlers.)

Raum hat der Eintritt des neuen Jahres nach der Feststimmung der Weihnachtzeit wieder der ernststen, nüchternen Arbeitsstimmung zu ihrem Rechte verholfen, so macht sich auch schon ein gewisses Abflauen der durch die Reichstagsauflösung geschaffnen Stimmung bemerkbar. Schon drohte der Bank um allerlei Fragen von gegenwärtig untergeordneter Bedeutung die Aufmerksamkeit von den Hauptzielen des Wahlkampfes abzulenken, da hat der Brief des Reichskanzlers an den General von Liebert über die Bedeutung der nächsten Wahlen die sich zerstreuen Scharen wieder zusammengerufen. Diese Kundgebung steht jetzt im Mittelpunkt aller politischen Betrachtungen.

Es würde natürlich den Wahlkampf wesentlich erleichtern, wenn es eine „Wahlparole“ im gewöhnlichen Sinne gäbe, d. h. eine politische Frage ganz konkreter Art, die von der Regierung dem Volke vorgelegt werden könnte, damit es darauf mit Ja oder Nein antworte, und die Tragkraft genug hätte, dem Bau des neuen Reichstags einen auch für andre politische Fragen bedeutungsvollen, bestimmten Charakter zu geben.

Wir haben uns schon früher darüber ausgesprochen, daß das nicht geht; wir müssen uns nun einmal anders behelfen. Aber darin liegt die Gefahr einer Verwirrung, wenn es dem Parteiegoismus gelingt, sein Unkraut unter den Weizen zu säen. So klar auch die Lage im Augenblick der Reichstagsauflösung sein mochte, die fernern Überlegungen und Reibungen der Parteien in den Preßfeinden und

Wahlkämpfen brachten doch ihre Bedenken und Zweifel, und daraus wurden Unklarheiten und Mißverständnisse, die besonders im Hinblick auf die Kürze der Zeit recht schlimme Wirkungen haben konnten.

Das war wohl der Grund, weshalb Fürst Bülow die erste sich ihm bietende Gelegenheit benutzte, die nötige Aufklärung über die Meinung der Regierung zu schaffen. Wie man aus dem Inhalt seines Schreibens schließen darf, lag ihm gewiß auch daran, die Meinung zu beseitigen, als sei er einer plötzlichen Eingebung gefolgt, als er die Genehmigung des Kaisers zur Herbeiführung eines Bundesratsbeschlusses über die Auflösung des Reichstags nachsuchte. Er legte Wert darauf, öffentlich auszusprechen, daß er die Unmöglichkeit, noch weiter mit dem Zentrum zu regieren, längst erkannt hatte, und daß er entschlossen war, bei Fortdauer der Praxis, die das Zentrum in nationalen Fragen anzuwenden pflegte, den Bruch herbeizuführen. Man sollte wissen, daß die Auflösung des Reichstags nicht eine plötzlich beschlossene Verlegenheitsmaßregel war, wodurch sich die Regierung in dem einzelnen Falle aus einer unbequemen Lage retten wollte, sondern daß es sich um einen wohlüberlegten Protest gegen ungehörige parlamentarische Methoden handelte, die man lange hatte dulden müssen, die man aber nun nicht länger dulden wollte, wenigstens nicht ohne vorher dem deutschen Volke Gelegenheit gegeben zu haben, in den Wahlen darüber sein Urteil zu sprechen. Daß der Plan trotzdem so ausgeführt wurde, daß er als ein überraschender Schlag erschien, erklärt sich aus der Lage zur Genüge. Der Reichstag und der größere Teil der Presse hatten sich so sehr an eine ganz falsche Beurteilung der Persönlichkeit des Kanzlers und der Gründe seiner Politik gewöhnt, daß eine Vorbereitung des Bruches mit dem Zentrum gar nicht verstanden worden wäre. Höchstens wären dem Zentrum die Mittel in die Hand gegeben worden, dem drohenden Krach vorzubeugen, während die andern bürgerlichen Parteien ungläubig und lässig beiseite gestanden hätten. So tollkühn der Schritt auch erscheinen mag, es war schon nicht anders zu machen.

Was nun Fürst Bülow in seinem offenen Schreiben an General von Diebert weiter über seine Beweggründe und seine Meinung sagt, ist so klar und entschieden, daß es bei gutem Willen nicht mehr mißverstanden werden kann. Allen hat er es trotzdem nicht recht machen können. Man wollte ihn hier und da mißverstehen — aus parteipolitischem Interesse. Zu unterscheiden sind davon mehr nebensächliche kritische Bemerkungen, die einzelnes anders gewünscht hätten. Das kann man gelten lassen. Daß Fürst Bülow die Form eines Briefes an eine einzelne Persönlichkeit gewählt hat, hat manchen nicht gefallen. Sie hätten einen temperamentvollen Ausruf, der sich unmittelbar an die Wähler wandte, lieber gesehen. Das hätte vielleicht mehr gewirkt, aber der Reichskanzler hätte dann darauf verzichten müssen, sich in ruhiger und ausführlicher Weise mit den Parteien über seine Stellungnahme auseinanderzusetzen, und eben das erschien ihm offenbar als das Wichtigere, da er ja gerade den Parteien freien Spielraum lassen will, aus eigener Kraft die parlamentarische Lage zu ändern. Ferner ist auch die Adresse bemängelt worden. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat in seiner bisherigen Tätigkeit viel scharfe Kritik erfahren müssen und erfreut sich auch bei den Parteien, die seine Tendenz gern unterstützen möchten, keines besondern Wohlwollens; sein Führer ist keine Persönlichkeit, die irgendwie geeignet wäre, verschiedene Parteien unter einen Hut zu bringen. Aber die Kritiker, die das jetzt bei Gelegenheit des Kanzlerbriefes hervorheben, mögen doch bedenken, wie unendlich nebensächlich das in diesem Falle ist. Der Kanzler wollte es natürlich vermeiden, sich an eine bestimmte politische Partei zu wenden, und hatte keine große Auswahl unter den vorhandenen Organisationen, die eine den Bedürfnissen der Lage entsprechende Tendenz allgemeiner Art verfolgten.

Wie es sich jedoch auch damit verhalten mag, alle diese Fragen treten zurück hinter dem Hauptzweck der Rundgebung, den Quertreibereien der Parteien zu begegnen. Immer neue Zweifel tauchen auf, ob überhaupt daran gedacht werden kann, die Parteien der Rechten und der Linken so weit zusammenzubringen, daß die schwarz-rote Mehrheit im Reichstage zerstört werden kann. Es ist ein doppelter Zweifel, der die kritisch gestimmten Wähler nicht ruhen läßt: zunächst: wie weit darf man annehmen, daß die Wahlen glücken? — und weiter: wie soll regiert werden, wenn wirklich alles glücken sollte?

Im allgemeinen besteht die Vorstellung, daß der Besitzstand des Zentrums kaum zu erschüttern ist. Das gilt auch allerdings für eine ganze Reihe von Wahlkreisen. Aber wenn die andern Parteien rührig und geschickt arbeiten, ließe sich doch viel gewinnen. Unbedingt sicher sind für das Zentrum nur etwa zwei Drittel der ihm jetzt gehörenden Wahlkreise. Ähnlich verhält es sich mit der Sozialdemokratie, sobald sich nur die bürgerlichen Parteien kräftiger regen und die Unzufriedenen, die einem Sozialdemokraten ihre Stimme geben, ohne zur Partei zu gehören, sich besser ihrer Verantwortlichkeit bewußt werden wollten. Also ausgeschlossen ist es nicht, daß die Wahlen nach Wunsch ausfallen, aber nur dann, wenn die Parteien, die in Betracht kommen, ihre ganze Energie aufbieten, alle gegen Zentrum und Sozialdemokratie gerichteten Stimmungen auszunutzen und für sich zu gewinnen. Die Frage, welcher Partei das am besten gelingen könnte, kann nicht nach theoretischen Erwägungen beantwortet werden, sondern nur nach Kenntnis der örtlichen Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen. Dabei stellt es sich heraus, daß die Ansichten der liberalen Parteien größer eingeschätzt werden dürfen als die der Konservativen. Wenn ein Zentrumsmann seinen Sitz im Reichstage verlieren soll, so kann es eher an einen Liberalen geschehen als an einen Konservativen, weil sich darin ein schärferer Protest gegen das Zentrum ausdrückt, ohne solchen Protest aber das Mandat des Zentrums nicht gefährdet werden kann. Wo es sich aber um die Befiegung eines Sozialdemokraten handelt, da werden die Leute, die danach gestimmt sind, aus dem Lager der roten Fahne nach der bürgerlichen Seite hin abzuschwenken, wohl nicht sogleich zu den Konservativen gehn, sondern es mit den Liberalen versuchen. Es wird also Sache der Liberalen sein, den eigentlichen Angriffsstoß in diesem Wahlkampfe zu führen.

Das hat die Regierung auch sogleich offen zugegeben und zugleich bekundet, daß sie den Liberalismus diesmal nicht als Oppositionspartei behandelt wissen will, sondern darauf rechnet, ihn an ihrer Seite zu haben. Unter den obwaltenden Umständen etwas ganz Selbstverständliches, aber bei einem extremen Bruchteil der Konservativen hat es doch stark verschluckt. Die Regierung erwartet eine Stärkung des Liberalismus durch die Wahlen, so klagte die Kreuzzeitung, und fügte dem Sinne nach hinzu: Wenn es so ist, dann gehn wir Konservativen lieber mit dem Zentrum zusammen. Darüber herrschte nun wieder große Aufregung bei den Liberalen, und man ereiferte sich mehr als nötig über die unbelehrbare Zentrumsfreundlichkeit der Konservativen. Es ist aber wohl nur ein kleiner Bruchteil der Partei, der in seiner Einseitigkeit zum Zentrum so ganz und gar der Regierung die Unterstützung zu versagen droht. Sicherlich ist die Mehrheit der Partei von Anfang an nicht mit dieser Haltung einverstanden gewesen. Aber es war gut, daß der Silvesterbrief des Kanzlers erschien. Denn nun konnte das offizielle Parteiorgan dazu Stellung nehmen und die Gelegenheit benutzen, die Meinung der maßgebenden Führer der Partei auszusprechen, ohne die Kreuzzeitung schroff abzuschütteln. Niemals war ja auch davon die Rede gewesen — wie das konservative Blatt behauptet hatte —, daß es der Regierung genehm sein würde, wenn der Liberalismus auf Kosten der

Konservativen Sitze gewänne. Dem Zentrum und der Sozialdemokratie sollten ja die Sitze abgenommen werden.

An die Sorgen um die Gestaltung des neuen Reichstags knüpft sich die weitere, wie regiert werden soll, wenn wirklich bei den Wahlen alles nach dem Wunsch der Regierung geht. Man hat erwartet, daß sich der Reichskanzler darüber aussprechen werde. Aber er hat es absichtlich vermieden. Er konnte kein bestimmtes Programm geben und hat es darum auch dem deutschen Volk überlassen, die Parteikonstellation zu schaffen, die ein möglichst getreues Abbild von der Stärke der vorhandenen Strömungen und Regungen gibt — natürlich soweit das geltende Wahlrecht überhaupt imstande ist, diese Aufgabe zu leisten. Es ist auch im besten Falle nicht daran zu denken, daß unsre Parteiverhältnisse so klar und einfach werden könnten wie früher in England zu der Zeit, als Tories und Whigs abwechselnd die Regierung innehatten. Immer wird die Vielheit unsrer Parteien die Regierung zwingen, mit verschiedenen Mehrheitsbildungen zu rechnen. Nichts könnte deshalb auch verkehrter sein, als wenn sich die Regierung gegenüber einem künftigen Reichstag von noch unbekannter Zusammensetzung verpflichtete, im Sinne einer bestimmten Parteianschauung zu regieren. Auch künftig wird sich das Zentrum nicht aus allen Berechnungen ausschalten lassen.

Es ist deshalb kaum zu verstehen, wie die Presse des radikalen Liberalismus immer wieder mit dem Ansinnen hervortreten kann, die Regierung solle vor den Wahlen noch das Versprechen abgeben, eine Schwenkung nach links zu machen. Der Liberalismus stellt sich damit ein Armutszeugnis aus, wie es nicht ärger gedacht werden kann. Er ist vor die Möglichkeit gestellt, einmal wieder seine Kraft zu zeigen und den Beweis für die so oft wiederholte Behauptung zu erbringen, daß er doch noch am tiefsten im Volke wurzle und nur infolge der Verdrossenheit über die Ausichtslosigkeit eines liberalen Regiments künstlich zurückgedrängt worden sei. Nun hat ihm die Regierung freie Bahn geöffnet; er soll bei den Wahlen zeigen, was er kann. Und da erklärt derselbe Liberalismus, er sei unfähig, etwas zu erreichen, wenn ihm die Regierung nicht durch bestimmte Versprechungen das Volk fördern helfe! Auf eine solche sich selbst für insolvent erklärende Partei soll die Regierung einen Blankowechsel ausstellen. Das geht nicht, und es ist von dem Fürsten Bülow durchaus staatsmännisch gedacht, daß er sich in seinem offenen Brief auch nicht mit einer Wendung auf dergleichen eingelassen hat.

Nur auf eins kommt es an, und darin wendet sich Fürst Bülow an Konservative und Liberale gemeinsam. Das ist die Behandlung der Fragen, die gemeinsame Ehrensache der Nation sind. Wenn die Parteien, die sich in grundsätzlicher Verneinung gefallen oder grundsätzlich das Parteiinteresse über das Ganze stellen, auch nur so weit zurückgedrängt sind, daß sie zusammen nicht mehr die Mehrheit bilden können, dann sollen sich im einzelnen Falle die Parteien von rechts und links die Hand reichen, um zu verhindern, daß wieder eine Abstimmung wie die vom 13. Dezember 1906 möglich wird.

Darüber hinaus wird man freilich eine Verwischung der Parteigegensätze nicht erwarten können. Das hat auch wahrscheinlich der Reichskanzler nicht gemeint, wenn er, um die Schärfe des Wahlkampfes zu mildern, darauf hingewiesen hat, daß gegenwärtig kein besondrer Grund vorliegt, die Gegensätze mehr als nötig zu betonen. Trotzdem wird es in wirtschaftlichen und sozialen Fragen noch genug Auseinandersetzungen zwischen Rechts und Links geben. Sie werden aber keinen Schaden anrichten, wenn sich auch der linke Flügel des Liberalismus entschließt, die doktrinaire Behandlung der großen Interessenfragen der Nation aufzugeben. Was von den Freisinnigen erwartet und gewünscht wird, ist nichts, was außerhalb ihrer

Grundsätze und ihres eigentlichen Parteiprogramms liegt. Es ist dasselbe, was sie am 13. Dezember getan haben, als sie sich in einer wichtigen nationalen Frage, ohne ihren Grundsätzen untreu zu werden, doch auf einen Boden stellten, den auch die Regierung und die Parteien der Rechten betreten konnten. Jetzt aber, wo nichts anderes erwartet wird, als daß die Freisinnigen diese Haltung in ähnlichen Fällen wieder einnehmen, erklärt ein freisinniges Blatt, man mute den Freisinnigen zu, ihre Grundsätze aufzugeben!

Es wird also auf den beiden äußersten Flügeln der bürgerlichen Parteien noch viel Mühe kosten, die Vernunft siegen zu lassen, und hier und da wird es vielleicht überhaupt nicht gelingen. Aber man darf deswegen die Flinte nicht ins Korn werfen, sondern muß nach Kräften an der Klärung der Lage mitarbeiten, damit der 25. Januar doch noch unsere Hoffnungen erfüllt.

Eine neue Horazübersetzung. Die sich auf der Grundlage des klassischen Altertums aufbauende Bildung wird in der Gegenwart bekanntlich recht verschieden bewertet; die Zahl der Angreifer dürfte kaum kleiner sein als die der Verteidiger. Der entgegenstehende Wind kräuselt die Oberfläche, während in der Tiefe der Strom nach festem Gesetze vorwärts drängt, dem zuletzt doch die ganze Wassermasse folgen muß. Dieses physikalische Gesetz wird sich — so hofft der bekannte klassische Philologe Zielinski, und wir hoffen mit ihm — auch in bezug auf die altklassische Bildung erfüllen und ihr dann eine neue Zeit der Wertschätzung und der Wirkung heraufführen. Einstweilen nimmt die Zahl derer ab, die unmittelbar aus den Quellen schöpfen wollen oder können. Zum Glück gibt's von den wichtigsten alten Klassikern gute Übersetzungen und Nachdichtungen, die einen allerdings nur schwachen Ersatz für die Kenntnis des Urtextes bieten. „In modernem Gewande“ zeigen sich die von Professor Edmund Bartsch in Sangerhausen übersetzten ausgewählten Oden des Horaz (Sangerhausen, Sittigs Verlagshandlung, 1907). Eine größere Anzahl seiner Übersetzungen stellte Bartsch dem Professor Menge 1891 für seine bekannte Bearbeitung zur Verfügung; dieser veränderte aber die allermeisten der von ihm aufgenommenen fremden Übertragungen auf eigene Hand und deutete dies nur bei sehr tiefen Eingriffen an. Da nun Bartsch nicht durchweg Menges Grundsätzen zustimmt, andererseits gerade seine eigensten Übersetzungen mehrfach sehr günstig beurteilt wurden, so entschloß er sich, alle zu veröffentlichen. Es sind ihrer 53, und zwar 24 aus dem ersten, je 12 aus dem zweiten und dritten, 5 aus dem vierten Buche.

„Der deutsche Rock muß einen solchen Zuschnitt erhalten, daß er den Körper ebenso passend einhüllt wie das römische Gewand. Zu diesem Zwecke müssen aber gerade die Latinismen aus Sprache und Satzbau schwinden, an denen fast alle schon vorhandenen Übersetzungen leiden.“ „Unser Gefühl verlangt Übereinstimmung der rhythmischen und logischen Glieder sogar für die einzelnen Verse.“ Diesen Forderungen ist Bartsch meist trefflich nachgekommen, und sein Büchlein, das am Schluß acht Seiten Anmerkungen zu den einzelnen Gedichten enthält, kann wohl mit demselben Rechte empfohlen werden wie Bards Nachdichtung der Sermonen des Horaz (2. Auflage 1900, Berlin, Weidmannsche Buchhandlung); beide Übersetzungen wirken im großen und ganzen so auf uns, wie die Verse des Dichters auf seine Zeitgenossen gewirkt haben.

St.

